



AMTSBLATT

Gemeinsames Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover

JAHRGANG 2020

HANNOVER, 23. APRIL 2020

NR. 16

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER UND DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Region Hannover

Landeshauptstadt Hannover

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Gemeinde Isernhagen

Satzung zur 2. Änderung der Satzung für die Kindertagespflege in der Gemeinde Isernhagen 178

2. Stadt Pattensen

37. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Pattensen „Hiddestorfer Straße/Ecke Pariser Allee“ 179

Bebauungsplan Nr. 158 „Pattensen-Mitte Nord“, 2. Änderung und Erweiterung 180

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Ev.-luth. Kirchenamt Wunstorf

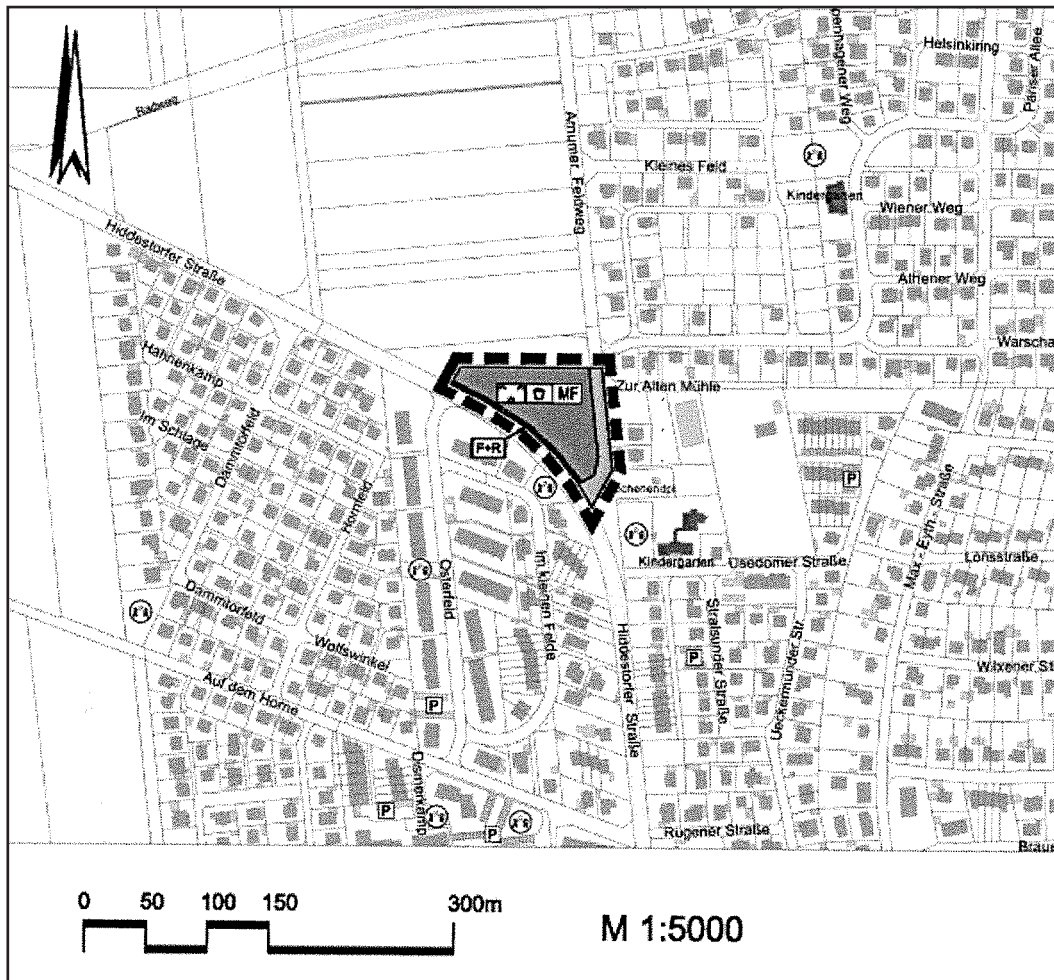
Nachtrag zur Friedhofsordnung für den Friedhof Bordenau vom 14. Juni 2000 181

2. Nachtrag zu der Friedhofsgebührenordnung vom 14. Juni 2000 für den Friedhof der ev.-luth. Kirchengemeinde Bordenau 183

2. Stadt Pattensen

37. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Pattensen „Hiddestorfer Straße/Ecke Pariser Allee“

Mit Bescheid vom 23.03.2020 (Az. 61.03.21101-37/13-1/20) hat die Region Hannover die 37. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Pattensen für das Gebiet „Hiddestorfer Straße/Ecke Pariser Allee“ genehmigt. Die Erteilung der Genehmigung wird hier mit gemäß § 6 Abs. 5 des Baugesetzbuchs (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Der räumliche Geltungsbereich ist in dem Kartenausschnitt dargestellt.



© LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen

Jedermann kann die 37. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Pattensen für das Gebiet „Hiddestorfer Straße/Ecke Pariser Allee“, bestehend aus dem Flächennutzungsplan, der Begründung und Umweltbericht bei der Stadtverwaltung im Rathaus, Rathausplatz 1, 30982 Pattensen, während der Sprechzeiten einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Hinweis:

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs werden unbeachtlich, wenn

sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden sind mit Darlegung des Sachverhalts, der die Verletzung oder den Mangel begründet.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die 37. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Pattensen in Kraft.

Pattensen, den 15.04.2020

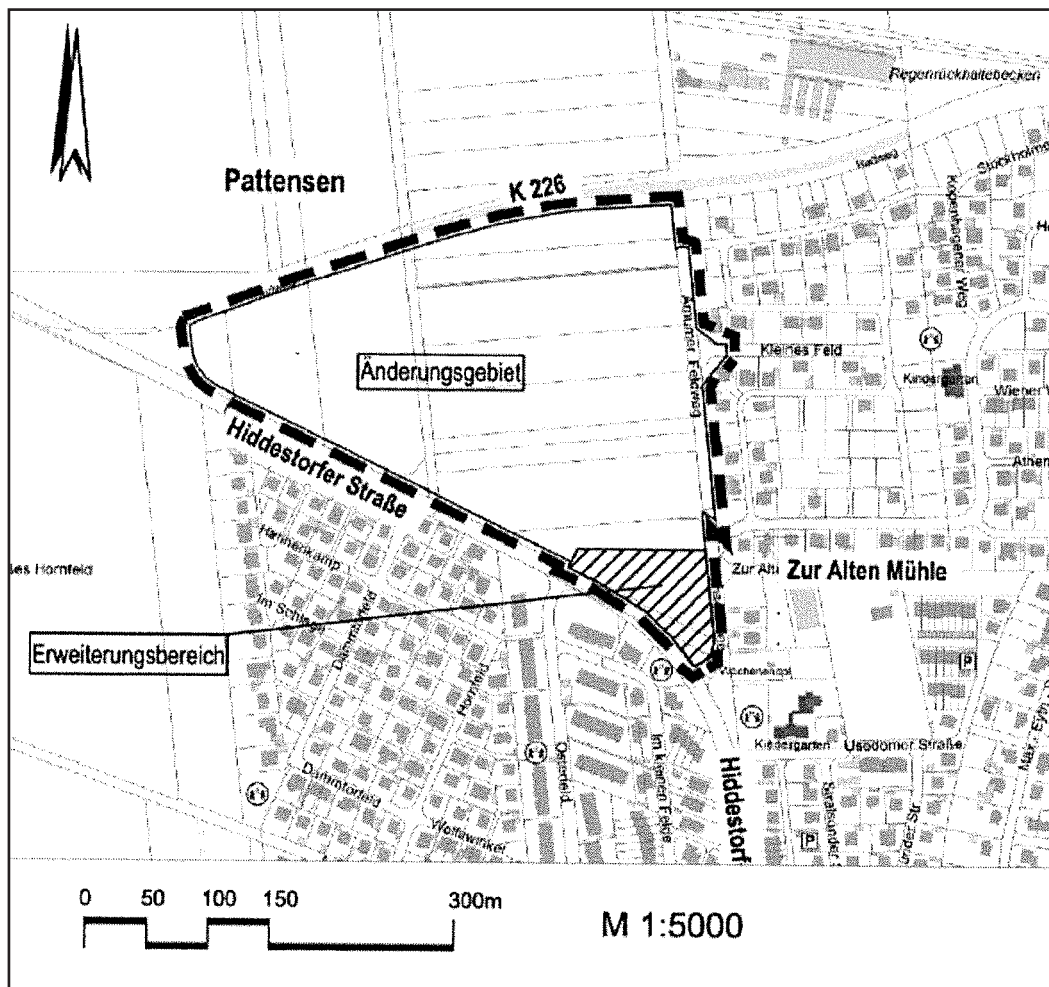
Stadt Pattensen
Die Bürgermeisterin
In Vertretung
Müller
Erster Stadtrat

Bebauungsplan Nr. 158 „Pattensen-Mitte Nord“, 2. Änderung und Erweiterung, Stadt Pattensen

- Satzungsbeschluss
- Inkrafttreten

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 26.09.2019 den Bebauungsplan Nr. 158 „Pattensen-Mitte Nord“ mit örtlicher Bauvorschrift – 2. Änderung und Erweiterung, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung einschließlich der Begründung beschlossen. Der Satzungsbeschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der räumliche Geltungsbereich ist in dem nachfolgenden Kartenausschnitt dargestellt.



Jedermann kann den Bebauungsplan Nr. 158 „Pattensen-Mitte-Nord“, 2. Änderung und Erweiterung, bestehend aus der Planzeichnung und Begründung bei der Stadtverwaltung im Rathaus, Rathausplatz 1, 30982 Pattensen, während der Sprechzeiten einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Hinweis:

Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich (1.) eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, (2.) eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und (3.) nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht werden. Es wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach §§ 39 bis 42 BauGB, bei nicht fristgerechter Geltendmachung.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 158 „Pattensen-Mitte-Nord“, 2. Änderung und Erweiterung in Kraft.

Pattensen, den 15.04.2020

Stadt Pattensen
Die Bürgermeisterin
In Vertretung
Müller
Erster Stadtrat

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Ev.- luth. Kirchenamt Wunstorf

Nachtrag zur Friedhofsordnung für den Friedhof Bordenau vom 14. Juni 2000

Der Gesamtkirchenvorstand der Gesamtkirchengemeinde Bordenau-Poggenhagen hat am 01.04.2020 folgenden Nachtrag zur Friedhofsordnung für den Friedhof Bordenau vom 14.06.2000 beschlossen:
Die bisherigen Paragraphen 11 bis 15 werden wie folgt neu gefasst:

§ 11

Arten und Größen

- (1) Es stehen folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung:
 - a) Reihengrabstätten
 - b) Wahlgrabstätten
 - c) Wahlgrabstätten im Rasenfeld
 - d) Urnenwahlgrabstätten
 - e) Stelenanlagen
 - f) Themengärten
- (2) An den Grabstätten werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach dieser Friedhofsordnung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen.
- (3) Rechte an einer Grabstätte werden nur beim Todesfall verliehen. Bei Wahlgrabstätten kann der Kirchenvorstand Ausnahmen zulassen.

- (4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche beigesetzt werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig – bei oder kurz nach der Geburt – verstorbene Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle beigesetzt werden.
- (5) In einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstelle dürfen zusätzlich bis zu drei Aschen beigesetzt werden, wenn der bereits Beigesetzte ein Ehegatte oder ein naher Verwandter des Beizusetzenden war.
- (6) Bei neu anzulegenden Grabstätten soll die Grabstelle etwa folgende Größen haben:
 - a) Für Särge von Kindern
Länge: 1,50 m Breite: 0,90 m
 - b) Für Särge von Erwachsenen
Länge: 2,50 m Breite: 1,25 m
 - c) Für Urnen
Länge: 1,00 m Breite: 1,00 m
 Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend. Falls aufgrund früherer Friedhofsordnungen Nutzungsrechte an Grabstätten mit anderen Maßen vergeben wurden gelten diese Maße weiter bis zum Ablauf des Nutzungsrechts. Für Themengärten gelten besondere Maße, die von der Gestaltung des jeweiligen Themengartens abhängig sind.
- (7) Die Mindestdiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis zur Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber müssen bei Erdbeisetzungen durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (8) Gräber dürfen nur von denjenigen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür vom Kirchenvorstand bestimmt oder zugelassen sind.

§ 12

Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten werden im Todesfall der Reihe nach einzeln für die Dauer der Ruhezeit vergeben. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.
- (2) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher öffentlich bekannt gegeben.

§ 13

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben. Die Dauer des Nutzungsrechts beträgt 25 Jahre, vom Tage der Verleihung an gerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Bescheinigung ausgestellt.
- (2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 2 Abs. 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um bis zu 25 Jahre verlängert werden. Der Kirchenvorstand ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Zur Wahrung aller Ruhezeiten ist das Nutzungsrecht aber auf jeden Fall bis zum Ablauf der letzten Ruhezeit (§ 9) zu verlängern und zwar für alle Grabstellen. Bei einer erneuten Beisetzung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der neu festzulegenden Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.